

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 28.11.2017 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
21:15

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Harald Giebels
Stv. Gerd Holberg
Stv. Jens Lemke
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für Stv. Greeff

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Juliane Eichler
Stv. Uwe Elker
Stv. Marion Klaus
Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat
Stv. Peter Schniewind

GAL-Fraktion

Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

AfD-Fraktion

Stv. Frank Scheler

Vertretung für Stv. Schwierzke

Schriftführer

Stl Daniel Jonke

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
Beigeordnete/r Engin Alparslan

StOVR Doris Abel
StORR Michael Rennert
VA Michael Schneider
StOVR Gerhard Titzer
Frau Sonja Kunders
VA Wolfgang Voos
Herr Peter Fels
StA Anja Herold
VA Marion Macias-Bittner
VA Anja Püschel

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Nicole Kregel

Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Bgm'in Dr. Warnecke schlägt vor, die nichtöffentlichen **TOPs 28, 29, 29.1, 31, 32, 33 und 34** als erstes zu beraten, da sich diese auf den Haushalt 2018 auswirken und entsprechend vor dem Haushalt beraten werden müssen.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern.

Des Weiteren weist sie darauf hin, dass die **TOPs 23.1 bis einschl. 23.6** nur der Form halber auf der Tagesordnung stehen. Die Beratung der Fachausschüsse fließe in die Beratung des **TOP 23** mit ein, sodass über die Unterpunkte nicht weiter beraten und beschlossen werden müsse. Als Orientierung zur Beratung verweist sie auf die ausgeteilte Arbeitsunterlage zu den Haushaltsplanberatungen 2018 (*siehe Ratsinformationssystem – Vorlage 20/077/21017 „Haushaltsplanberatungen 2018“*)

Öffentliche Sitzung

1./ Jahresabschluss 2016 Vorlage: 14/036/2017

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke darf an der Beratung sowie an der Abstimmung zu diesem Punkt aufgrund ihrer Befangenheit nicht teilnehmen. Sie übergibt den Vorsitz für diesen Punkt daher an den anwesenden, stellvertretenden Bürgermeister Stv. Mentrop.

Der **erste stellvertretende Bürgermeister Stv. Mentrop** verliest den Beschlussvorschlag der Verwaltung und lässt über beide Punkte getrennt abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat stellt gemäß den §§ 96 und 101 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) den Jahresabschluss zum 31.12.2016 fest.
2. Die Ratsmitglieder sprechen gemäß § 96 GO NRW der Bürgermeisterin die Entlastung aus.

Abstimmungsergebnis:

zu 1.

einstimmig beschlossen
17 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Bgm'in Dr. Warnecke hat an der Abstimmung nicht teilgenommen

zu 2.

einstimmig beschlossen
17 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Bgm'in Dr. Warnecke hat an der Abstimmung nicht teilgenommen

1.1. Ergebnisverwendung Jahresabschluss 2016 der Stadt Haan
/ Vorlage: 20/078/2017

Beschlussvorschlag:

Der im Haushaltsjahr 2016 entstandene Jahresfehlbetrag von 3.625.745,00 Euro wird durch die Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

2./ Anzahl der Ratsmitglieder zur nächsten Ratsperiode
Vorlage: 10/138/2017

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert noch einmal die Vorlage und führt aus, dass bei Beschluss gem. Anlage 1 die Größe des Rates voraussichtlich wie bisher bleibe, bei Beschluss gem. Anlage 2 der Rat vergrößert werden würde.

Stv. Stracke verweist auf das Platzproblem. Der historische Ratssaal des Rathauses sei für große Sitzungen, wie die des Rates, bereits jetzt schon zu klein. Er plädiert dafür, dass solch große Sitzungen an anderen Orten mit mehr Platz stattfinden sollten. So könne auch gewährleistet werden, dass mehr interessierten Bürgern die Möglichkeit gegeben würde, an solchen Sitzungen als Zuschauer teilzunehmen. Die SPD-Fraktion sehe daher keinen Grund, die Anzahl der Mitglieder des Rates zu verringern.

Stv. Lukat führt aus, die durch eine Verringerung der Mandate eingesparten Kosten könnten besser für andere Dinge eingesetzt werden. Die WLH-Fraktion sehe keine Verschlechterung der Arbeitsfähigkeit des Rates bzw. der Fraktionen da dies keine Sache der Quantität sei.

StORR Rennert mahnt an, dass eine mögliche Reduzierungssatzung bis zum 28.02.2018 beschlossen sein müsse. Er bittet daher um eine endgültige Beschlussfassung hierzu, spätestens in der Sitzung des Rates am 12.12.2017.

Beschlussvorschlag:

Die Reduzierungssatzung wird in der Fassung der

- Anlage 1
- Anlage 2

beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

zu Anlage 1

mit Stimmengleichheit abgelehnt
8 Ja / 8 Nein / 2 Enthaltungen

zur Anlage 2

mit Stimmengleichheit abgelehnt
8 Ja / 8 Nein / 2 Enthaltungen

3./ Änderung der Hundesteuersatzung Vorlage: 20/076/2017

Protokoll:

Stv. Rehm führt aus, dass ein möglicher Wesenstest bei Hunden frühestens ab einem Lebensjahr des Hundes Sinn mache. Gemäß des vorgeschlagenen Satzungstextes wäre der erhöhte Steuersatz jedoch bereits ab dem dritten Lebensmonat des Hundes zu entrichten, ohne die Chance, diesen durch einen positiven Wesenstest zu verringern. Er schlägt daher vor, den Satzungstext dahingehend zu ändern, dass der erhöhte Steuersatz erst ab einem Lebensjahr des Hundes zu entrichten ist.

Beschlussvorschlag:**Der § 2 Abs.1 lit. d der Hundesteuersatzung wird ergänzt:**

„d. gefährliche Hunde, ab einem Lebensjahr des Hundes, gehalten werden
480,-- € je Hund.“

Die Hundesteuersatzung wird in § 2 um den Abs. 3 ergänzt :

„Soweit für Hunde nach § 2 Abs. 2 dieser Satzung der Nachweis erbracht wird, dass eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht zu befürchten ist, kann auf Antrag die Festsetzung der Steuer mit dem Steuersatz nach Absatz 1 Buchst. a) bis c) erfolgen. Diese Festsetzung erfolgt ab dem Ersten des Monats, in dem der Antrag eingegangen ist.

Der Nachweis einer erfolgreichen Verhaltensprüfung ist durch eine Bescheinigung einer für den Vollzug des Tierschutzgesetzes zuständigen Behörde zu erbringen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**4./ Änderung der Geschäftsordnung
hier: Teilnahme fraktionsloser Ratsmitglieder an den
Fraktionsvorsitzendenbesprechungen der Stadt Haan
Vorlage: 10/137/2017**

Protokoll:

Stv. Lukat spricht sich, stellvertretend für die WLH-Fraktion, vehement gegen das Gremium der Fraktionsvorsitzendenbesprechung aus. Es handele sich um ein Sondergremium, in dem Entscheidungen unter den Fraktionen, bereits vor der eigentlichen Sitzung getroffen würden. Da dies ein nichtöffentliches Gremium und somit auch deren Niederschriften nichtöffentlich seien, sei dies nicht im Sinne der Transparenz gegenüber den Bürgern der Stadt Haan. Des Weiteren verweist sie auf § 55 GO NRW nachdem jedes Ratsmitglied ein Recht auf zusätzliche Information durch die Bürgermeisterin habe. Sie schlägt daher vor, dieses Gremium nicht nur zusätzlich für den Stv. Abel als fraktionsloses Mitglied des Rates, sondern für alle Ratsmitglieder zu öffnen.

Stv. Sack führt aus, dass es sich bei der Fraktionsvorsitzendenbesprechung lediglich um ein Informationsgremium und nicht um ein Sondergremium handele, in welchem Entscheidungen bereits vorab getroffen würden. Dies sei der GAL-Fraktion auch sehr wichtig, da die Fraktion das Gremium ansonsten ebenfalls ablehnen würde. Derzeit sehe die GAL-Fraktion jedoch keinen Grund dieses Gremium abzulehnen.

Stv. Ruppert verweist darauf, dass es auch in anderen parlamentarischen Gremien eine solche Runde wie z.B. einen Ältestenrat, etc. gäbe. Zur zusätzlichen Information der Fraktionen sei dies durchaus sinnvoll, da somit qualifiziertere Beschlüsse im Rat gefasst werden könnten.

Stv. Stracke verweist auf die Aussage der WLH-Fraktion und unterstreicht, dass auch die Fraktionsvorsitzende der WLH-Fraktion zur Fraktionsvorsitzendenbesprechung eingeladen sei, jedoch nie jemand aus der WLH-Fraktion an den Besprechungen teilnehme. Auch er unterstreicht nochmals die Fraktionsvorsitzendenbesprechung als reines Informationsgremium und weist die Behauptung eines Sondergremiums in dem bereits vorher Beschlossen werde, entschieden zurück.

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt folgender Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Haan zu:

§ 17 Absatz 2

*„Der Bürgermeister lädt die Fraktionsvorsitzenden zu den jeweiligen Besprechungen spätestens eine Woche vor der folgenden Ratssitzung unter gleichzeitiger Übersendung der Tagesordnung ein. Die Fraktionsvorsitzenden können sich durch ein Mitglied ihrer Fraktion vertreten lassen. **Auf eigenen Wunsch können fraktionslose Ratsmitglieder an jeweils der im Ratsinformationssystem terminierten Fraktionsvorsitzendenbesprechung zwecks Informationsaustausch teilnehmen.**“* (Fettdruck = Erweiterung)

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
11 Ja / 2 Nein / 5 Enthaltungen

5./ Baulandmanagement/ Baulandbeschluss Vorlage: 61/205/2017

Protokoll:

Stv. Giebels führt aus, dass das Instrument eines Baulandmanagements auch bereits in anderen Städten erfolgreich eingesetzt werde. Diesen Vorteil sollte sich nun auch die Stadt Haan zu Nutze machen. Die im Haushalt veranschlagten Kosten von 70.000,- € wären die dafür benötigten Gründungskosten der Gesellschaft.

Stv. Stracke ergänzt und betont, dass es nicht darum gehe ein weiteres Aufsichtsgremium zu schaffen, sondern in Zukunft die Möglichkeit zu haben aufzuzeigen, dass die Stadt Haan nicht allein von Investoren abhängig sei.

Stv. Lukat erinnert daran, dass nicht nur die Gründungskosten, sondern auch die weiteren Folgekosten zu berücksichtigen seien. Sie möchte wissen wie hoch diese sein werden.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr im Jahr 2018, in dem die Verwaltung über das Baulandmanagement noch ausführlicher berichten wird.

Beschluss:

Der Beschlusstext zu Nr. 1 wurde abgeändert (s.u.). Da noch Beratungsbedarf in den Fraktionen bestand, sollen die Inhalte des Baulandbeschlusses in einer Sitzung des SUVA Anfang 2018 beraten werden. Es wurde getrennt abgestimmt.

1. Der vorgelegte Entwurf des Baulandbeschlusses der Stadt Haan wird zur Kenntnis genommen. Über die Inhalte des Baulandbeschlusses wird erneut im SUVA beraten.
2. Für die Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft wird im Haushaltsplan eine Summe von 70.000 EUR aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1.
einstimmig beschlossen

zu 2.
mehrheitlich beschlossen
13 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

- 6./ Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 188 "Südliche Robert-Koch-Str. II" als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB
Anpassung des Flächennutzungsplanes (38. Änderung des FNP) im Bereich der "Südlichen Robert-Koch-Straße II" im Wege der Berichtigung hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen, §§ 3 (1), 3 (2) , 4 (2), 4a (3) S. 4 BauGB;
Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB
Vorlage: 61/197/2017**
-

Protokoll:

Stv. Lukat bittet darum die Gesellschafter des Vorhabenträgers, welche bereits im nichtöffentlichen Teil genannt wurden, noch einmal öffentlich zu nennen.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf ihre Stellungnahme unter TOP 31.

Beschlussvorschlag:

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB sowie über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB, die in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB und die in den Beteiligungen zur Entwurfsänderung gemäß § 4a (3) S. 4 BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 188 „Südliche Robert-Koch-Str. II“ incl. seines Vorhaben- und Erschließungsplans jeweils mit Stand vom 20.10.2017 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 20.10.2017 wird zugestimmt.

Das Plangebiet befindet sich am Haaner Krankenhaus, an der südlichen Robert-Koch-Straße gegenüber dem Einmündungsbereich in die Flemingstraße. Der Geltungsbereich umfasst in der Gemarkung Haan, Flur 18, das Flurstück 2088. Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung.

3. Der Flächennutzungsplan wird im Bereich „Südliche Robert-Koch-Str. II“ gemäß dem Entwurf vom 30.08.2017 (38. Änderung des Flächennutzungsplans) im Wege der Berichtigung angepasst.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

15 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

7./ Kostenersatz- und Entgeltsatzung bei Einsätzen der Feuerwehr
Vorlage: 32-2/057/2017

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Stadt Haan bei Einsätzen der Feuerwehr wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
17 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

8./ Gebührensatzung für die Brandverhütungsschau
Vorlage: 32-2/058/2017

Beschlussvorschlag:

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau in der Stadt Haan vom 14. 12. 2016 wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
17 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

9./ Technische Erneuerung der Feuer- und Rettungswache
hier: Vorstellung des Projektes durch den Gutachter
Vorlage: 32-2/059/2017

Beschlussvorschlag:

Für die Investitionen zur Umsetzung der technischen und baulichen Veränderungen auf der Grundlage des vom Fachplaner erstellten Sicherungskonzeptes werden Haushaltsmittel von 339.150 € bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
17 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

**10./ 4. Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Haan
Vorlage: 10/136/2017**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt die Neufassung der als Anlage beigefügten 4. Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Haan vom 11.10.2002.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**11./ Änderungen in den Gebührenbedarfsberechnungen
Vorlage: 60/032/2017**

Beschlussvorschlag:

Die vorgeschlagenen Änderungen werden für die Gebührenbedarfsberechnungen übernommen. Die weiteren Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**12./ Satzung der Stadt Haan über die Festsetzung der
Abfallentsorgungsgebühren für die Jahre 2018 und 2019
Vorlage: 60/033/2017**

Beschlussvorschlag:

Die Satzung der Stadt Haan über die Änderung der Satzung über die Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Die Satzung der Stadt Haan über die Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung wird in der Fassung der Anlage 2 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**13./ Satzung der Stadt Haan über die 45. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: 60/034/2017**

Beschlussvorschlag:

Die Satzung der Stadt Haan über die 45. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**14./ Satzung der Stadt Haan über die Änderung der Gebührensatzung für den städtischen Friedhof und über die Änderung der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen auf dem städtischen Waldfriedhof
Vorlage: 60/035/2017**

Beschlussvorschlag:

Die Satzung der Stadt Haan über die 4. Änderung der Gebührensatzung für den städt. Friedhof in Haan (Friedhofsgebührensatzung) wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Die Änderung der Satzung der Stadt Haan über das Friedhofs- und Bestattungswesen auf dem städtischen Waldfriedhof in Haan wird in der Fassung der Anlage 2 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**15./ Satzung der Stadt Haan über die 5. Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Abwasseranlage (Abwassergebührensatzung) und Festsetzung der Benutzungsgebühren für die Jahre 2018 und 2019
Vorlage: 60/036/2017**

Beschlussvorschlag:

Die Satzung der Stadt Haan über die 5. Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Abwasseranlage wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**16./ Satzung der Stadt Haan über die Entsorgung von Abwassergruben und privaten Kleinkläranlagen (Grundstücksentwässerungsanlagen) und Festsetzung der Gebühren für die Jahre 2018 und 2019
Vorlage: 60/037/2017**

Beschlussvorschlag:

Die Satzung der Stadt Haan über die 1. Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 16. Erlass einer Vorkaufsrechtsatzung für ein besonderes Vorkaufsrecht nach
1./ § 25 (1) Nr. 2 BauGB im Bereich "Haan Windhövel – Neuer Markt"
(Vorkaufsrechtsatzung)
hier: Satzungsbeschluss
Vorlage: 61/206/2017**
-

Beschlussvorschlag:

Die Satzung zur Begründung eines besonderen gemeindlichen Vorkaufsrechts nach § 25 (1) Satz 1 Nr. 2 BauGB (Vorkaufsrechtsatzung) für den Bereich „Haan Windhövel – Neuer Markt“ wird entsprechend dem beigefügten Entwurf beschlossen. Der Begründung zur Satzung wird zugestimmt.

Der Geltungsbereich der Vorkaufsrechtsatzung befindet sich zwischen dem Schillerpark im Norden, dem Neuen Markt im Osten, der Bebauung entlang der Kaiserstr. 19-21 im Süden sowie den Flächen der Tiefgarage Schillerstraße und dem Windhövel im Westen. Der räumliche Geltungsbereich der Satzung ist dem anliegenden Planausschnitt zu entnehmen. Der Planausschnitt ist Bestandteil der Satzung.

Nach dem Liegenschaftskataster sind folgende Flurstücke von der Vorkaufsrechtsatzung berührt: Gemarkung Haan, Flur 21 die Flurstücke 898, 902, 904, 905 und 908 sowie in der Flur 26 die Flurstücke 296, 313, 366, 368.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 17./ Sprachförderung für Erwachsene für die Stufe A2
Vorlage: 50/001/2017**
-

Beschlussvorschlag:

Im Zeitraum 2018 wird die Durchführung qualifizierter Sprachkurse (1-2) für Erwachsene durch die VHS beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**18./ Verlängerung der Zuschussgewährung zum Betreuungsmanagement 1.
Quartal 2018
Vorlage: 50/002/2017**

Beschlussvorschlag:

1. Der Zuschuss an den Caritasverband für den Kreis Mettmann zur Wahrnehmung des Betreuungsmanagements Flüchtlingshilfe/ Wohnungslosenhilfe im bisherigem Umfang wird für die Monate Januar bis März 2018 gewährt.
2. Zur Aufgabenerfüllung wird dem Caritasverband im Kreis Mettmann für den Zeitraum von Januar bis März 2018 ein Zuschuss in Höhe von insgesamt 77.940,00 € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**19./ Einrichtung eines Stellenanteils zur Geschäftsführung des
Demenznetzwerkes
- Antrag des Demenznetzwerkes vom 23.10.2017
Vorlage: 50/005/2017**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist darauf, dass dies auch als „P12“ in die Haushaltsplanberatungen aufgenommen wurde. Weiterhin verweist sie auf ein Schreiben der AWO vom 27.11.2017, welches den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt. (*siehe Ratsinformationssystem - TOP 19*)

1. Bgo. Formella ergänzt, dass sich hier Personalkosten in Höhe von 9.780,- € ergäben. Diese setzen sich zusammen aus den Kosten für die wöchentlichen Personalstunden in Höhe von 8.280,-€ und einer Sachkostenpauschale in Höhe von 1.500,-€.

Stv. Lukat erfragt, wie ein solcher Sachverhalt in anderen, vergleichbaren Städten gehandhabt würde.

VA Schneider erläutert daraufhin, dass die meisten Städte hier ebenfalls einen Zuschuss gewährten.

Beschlussvorschlag:

Der HFA empfiehlt dem Rat anstelle der Einrichtung eines Stellenanteils zur Geschäftsführung, einen Zuschuss zu gewähren. Die Einzelheiten sind mit dem Antragsteller abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

19. Kleinräumige Gliederung der Stadt Haan

1./ Vorlage: BM/019/2017

Beschluss:

Der HFA nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

20./ 10-Jahres Planung Investitionen 2018 - 2028

Vorlage: 20/073/2017

Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

**21./ Personalentwicklung der Feuer- und Rettungswache in den Jahren 2018 ff.
Darstellung der Wachleitung
Vorlage: 10/125/2017**

Protokoll:

Stv. Stracke erkundigt sich, ob die Personalentwicklung der Feuer- und Rettungswache auch im Stellenplan 2018 berücksichtigt wurde.

StOVR Titzer bejaht dies.

Beschlussvorschlag:

Der HFA nimmt die Darstellung der Personalentwicklung bei der Feuer- und Rettungswache für die nachfolgenden Jahre in der Fassung der Anlage 1 zur Kenntnis. Die erforderlichen personellen Konsequenzen sind im Stellenplan einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

**22./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2018
Vorlage: 10/135/2017**

Protokoll:

Der Stellenplan wird im Anschluss an seine Unterpunkte TOP 22.1 bis 22.8 beraten.

Stv. Wetterau merkt positiv an, dass der zusätzliche Stellenbedarf immer auch von der Verwaltung begründet wird. Er bittet jedoch auch darzustellen, wie sich die Modernisierung der Prozessabläufe oder auch die Digitalisierung im Stellenplan auswirken. Er führt weiterhin aus, dass sich kw-Vermerke kaum auswirken, da neue Aufgaben dazu kämen und der kw-Vermerk daraufhin entfernt würde.

StOVR Titzer erklärt, dass abgängige Stellen auf Seite 3 des Stellenplanes aufgeführt sein. Kw-Vermerke würden teilweise in der Tat wegfallen, da neue Aufgaben hinzukämen. Hierbei handele es sich jedoch stets um Pflichtaufgaben, welche die Verwaltung erbringen müsse. Hieraus würden sich auch hinzugekommene Stellen rechtfertigen. Bezüglich der Digitalisierung erläutert er, dass innerhalb der Verwaltung sehr viele Fachanwendungen eingesetzt würden. Hierbei noch Prozesse stark zu optimieren stelle sich für die Verwaltung schwierig dar, da sich die Einflussnahme der Verwaltung auf jene Fachanwendungen beschränke.

Beschlussvorschlag:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 wird entsprechend dem in Anlage 1 beigefügten Verwaltungsentwurf verabschiedet.

Den unter 2.8 aufgeführten personalwirtschaftlichen Maßnahmen wird zugestimmt.

Der Rat stimmt der Flexibilisierung der Wiederbesetzung von Stellen im Bereich der Feuer- und Rettungswache Haan sowie der Kita Bollenberg nach Ziffer 2.8.6 dieser Vorlage zu.

Die Einrichtung von neuen Planstellen ist aufgrund des Ratsbeschlusses vom 12.05.2015 (TOP 9.2.2) weiterhin nur in begründeten Ausnahmefällen mit Zustimmung des Rates zulässig.

Überstunden sind nur gegen Freizeitausgleich zu genehmigen. Ausnahmen können mit Zustimmung des Rates zugelassen werden (Beschluss des Rates vom 12.05.2015).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**22. Einrichtung einer zusätzlichen Vollzeitstelle im Produkt 110210
1./ (Unterhaltung Abwasseranlage, Kanalkolonne)
Vorlage: 10/126/2017**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 1,0 (EG 6) in der Unterhaltung der Abwasseranlagen im Stellenplan 2018 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 22. Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 in der Sachbearbeitung**
2./ Vergabestelle (Amt 60)
Vorlage: 10/127/2017
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 in der Sachbearbeitung Vergabestelle (Amt 60) im Stellenplan 2018 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 22. Einrichtung einer Stelle „Baumkontrolle und Überwachung der**
3./ Straßenaufbrüche“ im Stellenplan 2018
Vorlage: 10/128/2017
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung einer Stelle Baumkontrolle und Überwachung der Straßenaufbrüche (EG 8) im Stellenplan 2018 zu.

An der Stelle **66/33** soll ein KW-Vermerk angebracht werden, da die Stelle mit Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers nicht wiederbesetzt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 22. Haushalt / Stellenplan 2018**
4./ Einrichtung einer Stelle im Pflegekinderdienst in Vollzeit, EG S 14
Vorlage: 10/130/2017
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung einer Stelle im Pflegekinderdienst in Vollzeit (EG S 14) im Stellenplan 2018 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

22. Haushalt / Stellenplan 2018
5./ Einrichtung einer weiteren Stelle in der städtischen Kindertageseinrichtung in Vollzeit
Vorlage: 10/131/2017

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 1,0 in der städtischen Kindertageseinrichtung (Erzieher/-in, EG S8a) im Stellenplan 2018 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

22. Einrichtung einer neuen Teilzeitstelle (20Std)
6./ Aufgabengebiet OGS – Steuerung, Controlling, Verwaltung
Vorlage: 10/133/2017

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 (EG 9c / A 10, Produkt 030710) im Stellenplan 2018 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

22. Einrichtung einer Stelle in Teilzeit für den hauswirtschaftlichen Bereich in
7./ der städtischen Kindertageseinrichtung
Vorlage: 51/003/2017

Beschluss:

Der HFA empfiehlt dem Rat im Stellenplan 2018 die Errichtung einer Stelle in Teilzeit für den hauswirtschaftlichen Bereich in der städt. Kindertageseinrichtung mit einem Stellenanteil von 0.5 (20 Wochenstunden).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**22. Einrichtung einer Stelle in Teilzeit für den hauswirtschaftlichen Bereich in
7.1. der städtischen Kindertageseinrichtung
/ hier: Anfrage aus dem Jugendhilfeausschuss am 16.11.2017
Vorlage: 51/003/2017/1**

Beschluss:

Der HFA nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

**22. Antrag der WLH-Fraktion vom 08.11.2017
8./ hier: mehr Außendienst im Ordnungsamt**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf das Antwortschreiben der Verwaltung, in welchem eine Aufstellung der Personalkosten, sowie eine mögliche Dienstplangestaltung aufgeführt seien. (*siehe Ratsinformationssystem - TOP 22.8*)

Stv. Lukat verweist darauf, dass der Kreis Mettmann gewisse Aufgaben im Ordnungsbereich von den Städten übernehme. Sie möchte wissen, inwiefern der Kreis nun Aufgaben der Stadt Haan wahrnehme.

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert, dass der Kreis Mettmann in diesem Bereich keine Aufgaben der Stadtverwaltung Haan wahrnehme.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 1,0 für den Bereich der Verkehrsüberwachung, sowie 0,8 Stellenanteile im Innendienst des Ordnungsamtes der Stadt Haan. Weiterhin sollen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Außendienstes und der Verkehrsüberwachung neue, geeignete Ausrüstung (z.B. Elektroroller, wetterfeste Kleidung) zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

23./ Haushaltsplanberatungen 2018

Vorlage: 20/077/2017

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke schlägt eine Beratung der Veränderungsanträge gem. den Produkten vor. Hierzu verweist sie auf die Arbeitsunterlage, welchen allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt. *(siehe Ratsinformationssystem – Vorlage 20/077/2017 „Haushaltsplanberatungen 2018“)*

Produktbereich 01 – Innere Verwaltung

Nr. 20 – Versicherung Archiv

StOVR Titzer bezieht sich auf das Archivgesetz NRW und die damit einhergehende Pflicht der Verwaltung, gewisse Dokumente zu archivieren. Eine Inhaltsversicherung dieses Archives beruhe auf einer Handlungsempfehlung des Landes und des LVR.

Techn. Bgo. Alpraslan ergänzt, dass sich der Betrag aus der Gefahrenlage unterhalb des Hallenbades ergäbe.

Nr. P9a – WLH: Anschaffung Hardware Aufzeichnung

Stv. Lukat erläutert den Antrag der WLH-Fraktion vom 08.11.2017.

Bgm'in Dr. Warnecke bittet darum, einen konkreten Auftrag nach Beratung durch den Fachausschuss, HFA und Rat an die Verwaltung zu erteilen, sofern diese die Sitzungen des Rates und der Ausschüsse auf Video aufzeichnen bzw. live ins Internet streamen soll.

StOVR Titzer weist auf die bevorstehende Anschaffung einer Konferenzanlage für Wortbeiträge in den Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse hin. Sollte sich dafür entschieden werden, diese Wortbeiträge auch aufzuzeichnen, so würden nach einem Kauf der Anlage Zusatzkosten für weitere Module anfallen sofern man diese nicht bereits bei der Anschaffung der Anlage berücksichtigt hätte. Dahingehend bittet er um einen schnellen Beschluss, sodass dies bereits bei der Anschaffung der Anlage berücksichtigt werden könne.

Stv. Stracke merkt an, dass sich die SPD-Fraktion die Frage stelle, welchen zusätzlichen Nutzen eine Aufzeichnung der Redebeiträge bringe. Das Abhalten der Sitzungen in größeren Räumlichkeiten wäre der Fraktion wichtiger, da es so mehr Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht würde an den Sitzungen persönlich teilnehmen zu können. Er schlägt daher vor, den genannten Betrag in Höhe von 4.000,- € mit einem Sperrvermerk zu versehen und die weitere Beratung im Fachausschuss zu führen, sodass der angebrachte Sperrvermerk schnellstmöglich durch den HFA und Rat aufgehoben werden könne.

Nr. P19 – SPD: papierlose Ratsarbeit

Stv. Stracke erläutert den Antrag der SPD-Fraktion vom 12.11.2017

Stv. Giebels unterstreicht, dass auch die CDU-Fraktion für die Umsetzung der papierlosen Ratsarbeit sei. Jedoch gibt er zu bedenken, dass sich eine komplette Umstellung mit Geräten und möglicherweise zusätzlicher Software für die noch laufende Legislaturperiode des Rates der Stadt Haan als zu aufwendig erweisen könnte.

Stv. Stracke führt aus, dass es zunächst darum gehen solle die papierlose Ratsarbeit zu testen. Hierzu solle kein Ratsmitglied gezwungen werden.

StOVR Titzer erläutert, dass zunächst die Frage zu klären sei, ob die Verwaltung hierfür Geräte anschaffen solle, oder ob die Ratsmitglieder auf ihre eigenen Geräte zurückgreifen sollen. Bei letzterer Variante würde sich der Support seitens der Verwaltung erheblich erschweren. Weiterhin müsse geklärt sein wer ein entsprechendes Gerät erhalten soll, nur die Ratsmitglieder oder zusätzlich auch alle sachkundigen Bürger. Aufgrund dieser noch zu klärenden Fragen schlägt er vor, hierfür Standards im UA OPC festzulegen, woraufhin dann eine verwaltungsinterne Projektgruppe gebildet werden könne, welche sich mit der Umsetzung der erarbeiteten Standards befasse.

Die **SPD-Fraktion** zieht ihren Antrag daraufhin zurück und verweist auf eine Diskussion im nächsten Fachausschuss (UA OPC)

Nr. P21 – SPD: Bildung UA Digitale Verwaltung

Bgm'in Dr. Warnecke verweist darauf, dass die SPD-Fraktion in ihrem Antrag keinen Mittelansatz genannt habe.

Stv. Stracke erläutert, dass es auch darauf ankomme, wer die Beratung durchführt. Hier seien externe natürlich Büros teurer, als sich beispielsweise durch andere Städte beraten zu lassen. Als Mittelansatz sehe die SPD-Fraktion daher 10.000,-€, ergebend aus dem zurückgezogenen Ansatz des Antrages P19 (*siehe oben*).

Stv. Giebels führt für die CDU-Fraktion aus, dass es nicht Aufgabe des Rates sein könne, der Verwaltung vorzuschreiben, wie sie sich digital aufzustellen habe. Die Fraktion sei daher gegen die Bildung eines solchen Ausschusses. Eine Beratung dieses Themas im Fachausschuss halte er jedoch für sinnvoll.

Stv. Rehm moniert, dass solche Beratungen, wie beispielsweise zu diesem Antrag, während der Haushaltsplanberatungen nicht zielführend seien. Er frage sich, weshalb solche Anträge erst als Veränderungsantrag zu den Haushaltsplanberatungen eingebracht werden, ohne dass der entsprechende Fachausschuss die Möglichkeit habe, dem Rat eine fundierte Beschlussempfehlung abzugeben. Er halte die Reihenfolge „Fachausschuss – HFA – Rat“ in solch fachlichen Themen für sinnvoller und plädiert daher auch zu diesem Punkt zuerst für eine fachliche Beratung im UA OPC mit anschließender Beschlussempfehlung an den HFA und Rat.

Die **SPD-Fraktion** zieht ihren Antrag daraufhin zurück und verweist auf eine Diskussion im nächsten Fachausschuss (UA OPC).

Nr. P25 – CDU:Workshop Politik – Verwaltung

Die Fraktionen sind sich einig, dass ein solcher Workshop Sinn mache.

Nr. P28 – CDU: Fremdvergabe Abrisse

Techn. Bgo. Alparslan erläutert, dass die entsprechenden Konzepte bereits erstellt seien und die Begleitung ohnehin durch einen Dritten durchgeführt werde.

Die **CDU-Fraktion** zieht ihren Antrag daraufhin zurück

Produktbereich 02 – Sicherheit und Ordnung

Nr. P7 – WLH: Außendienst Ordnungsamt & Nr. P17 – SPD: Ausrüstung Verkehrsüberwachung

siehe Beratung zu **TOP 22.8**

Nr. P24 – SPD: Kirmesgebühren, Ersatzbepflanzung

Bgm'in Dr. Warnecke weist darauf hin, dass die Ersatzbepflanzung des Innenstadtbereiches in den Kirmesgebühren für die Standbetreiber mit einberechnet sei.

Produktbereich 03 – Schulträgeraufgaben

Nr. P1a – CDU: Anschaffung Chromebooks & Nr. P1b – SPD: Tablets

1. Bgo. Formella erläutert, dass die Anträge zum Haushalt 2018 sich insofern erledigt hätten, als das noch entsprechende Restmittel des Haushaltes 2017 vorhanden sein, weshalb die Anschaffung der IT-Ausstattung sich nicht finanziell auf den Haushalt 2018 auswirke. Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport wurde hierüber bereits informiert.

Nr. P10a – Mensa Don Bosco & Nr. P10b – SPD: Planungsmittel 2018 & Nr. P10c – CDU: Planungsmittel 50.000 € in 2018

Techn. Bgo. Alparslan weist daraufhin, dass derzeit eine große Personalnot innerhalb des Baudezernates herrsche. Damit einhergehend seien die Mitarbeiter stark belastet, da auch unterjährig weitere Großprojekte hinzugekommen sein wie z.B. der Neubau des Rathauses oder der Neubau / Umbau von KiTa-Gebäuden. Die Alternative, kurzfristig auf befristete Stellen zurück zu greifen sei aus Sicht der Verwaltung keine Lösung des Problems, da bereits ausgeschriebene, unbefristete Stellen aufgrund des hohen Fachkräftemangels im Baubereich nicht besetzt werden können. Er unterstreicht, dass das Baudezernat der Stadt Haan derzeit über sehr gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfüge, welche die derzeitigen Projekte auch

bewältigen könnten. Sollten jedoch noch weitere Großprojekte hinzukommen, so müsse darüber nachgedacht werden, das Dezernat III anders zu organisieren, da die Projekte sonst nicht mit der erforderlichen Qualität und Sorgfalt, gleichzeitig umgesetzt werden können. Er könne daher nicht versprechen, ob nach einer Beschlussfassung des Rates die Verwaltung in der Lage sei, das beschlossene Projekt in der angestrebten Zeit umzusetzen.

Stv. Lukat verweist darauf, dass eine Begehung der Schulen stattgefunden habe, der entsprechende Bericht der Politik jedoch noch nicht vorläge. Eine fundierte Beschlussempfehlung und klare Priorisierung sei aus Sicht der WLH-Fraktion daher nicht möglich. Sie beantragt daher, die Planungskosten in Höhe von 50.000,-€ mit einem Sperrvermerk in den Haushalt 2018 aufzunehmen. Dieser Sperrvermerk soll dann nach vorheriger Priorisierung der Bauprojekte im Bereich „Schule“ im BKSA, durch den HFA, Rat aufgehoben werden.

***Bgm'in Dr. Warnecke** schließt aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit und der noch anstehenden Veränderungsanträge zum Haushalt 2018 die Sitzung und vertagt die Beratung der noch offenen Punkte auf eine zweite Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.12.2017.*

Beschluss:

Die Haushaltsplanberatungen 2018 konnten bis Sitzungsende nicht vollständig beraten werden. Die weitere Beratung des Haushaltsplanes 2018 erfolgt in der nächsten Sitzung des HFA am 05.12.2017. Eine Empfehlung an den Rat kann daher noch nicht abgegeben werden.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

23. Haushaltsplanberatung 2018; Stadtentwicklung, Umwelt, Verkehr

1./ Vorlage: 20/070/2017

Beschluss:

Die Beratung aus dem Fachausschuss werden zur Kenntnis genommen. Die Haushaltsplanberatungen 2018 werden zusammen unter TOP 23 „Haushaltsplanberatungen 2018“ geführt.

**23. Haushaltsplanberatung 2018; Wirtschaftsförderung, Liegenschaften,
2./ Stadtmarketing und Tourismus
Vorlage: 20/071/2017**

Beschluss:

Die Beratung aus dem Fachausschuss werden zur Kenntnis genommen. Die Haushaltsplanberatungen 2018 werden zusammen unter TOP 23 „Haushaltsplanberatungen 2018“ geführt.

**23. Haushaltsplanberatung 2018; Bau, Vergabe, Feuerschutz und
3./ Ordnungsangelegenheiten
Vorlage: 20/072/2017**

Beschluss:

Die Beratung aus dem Fachausschuss werden zur Kenntnis genommen. Die Haushaltsplanberatungen 2018 werden zusammen unter TOP 23 „Haushaltsplanberatungen 2018“ geführt.

**23. Haushaltsplanberatungen 2018; Soziales und Integration
4./ Vorlage: 20/075/2017**

Beschluss:

Die Beratung aus dem Fachausschuss werden zur Kenntnis genommen. Die Haushaltsplanberatungen 2018 werden zusammen unter TOP 23 „Haushaltsplanberatungen 2018“ geführt.

**23. Beratung des Haushaltes 2018, des Stellenplanes 2018 und
5./ Haushaltssicherungskonzepts bis 2020 für den Bereich des Jugendamtes
Vorlage: 51/004/2017**

Beschluss:

Die Beratung aus dem Fachausschuss werden zur Kenntnis genommen. Die Haushaltsplanberatungen 2018 werden zusammen unter TOP 23 „Haushaltsplanberatungen 2018“ geführt.

23. Haushaltsplanberatung
6./ Schul- und Sportangelegenheiten
Vorlage: 40/005/2017

Beschluss:

Die Beratung aus dem Fachausschuss werden zur Kenntnis genommen. Die Haushaltsplanberatungen 2018 werden zusammen unter TOP 23 „Haushaltsplanberatungen 2018“ geführt.

24./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Der TOP konnte bis Sitzungsende nicht beraten werden. Es wird daher auf die nächste Sitzung des HFA am 05.12.2017 verwiesen.

25./ Mitteilungen

Protokoll:

Der TOP konnte bis Sitzungsende nicht beraten werden. Es wird daher auf die nächste Sitzung des HFA am 05.12.2017 verwiesen.